

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei halbjährlicher Bezahlung (mit dem monatlich RM. 1,30, durch Verlangung RM. 1,30 einm.) 67,70. Bei Abnahme eines Vierteljahres (3 Monate) bei Abnahme monatlich RM. 1,30, einm. 33,85. Bei Abnahme eines Monats RM. 1,30, einm. 1,30.

Verlag v. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 38/32. Fernruf 25251. Postfach 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Dresden und des Schießsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Bezugspreis bei halbjährlicher Bezahlung (mit dem monatlich RM. 1,30, durch Verlangung RM. 1,30 einm.) 67,70. Bei Abnahme eines Vierteljahres (3 Monate) bei Abnahme monatlich RM. 1,30, einm. 33,85. Bei Abnahme eines Monats RM. 1,30, einm. 1,30.

Rote Waffenlager in Danzig entdeckt

Zufall enthüllt gefährliche Pläne der SPD

Danzig, 8. Oktober.

In einer Verhandlung vor dem Danziger Schnellgericht kam es am Donnerstag zu aufsehenerregenden Feststellungen über die illegale Tätigkeit der Danziger Sozialdemokratie, die nach dem Verbot der kommunistischen Partei hier die „Volksfront“ spielt. Gegenstand der Verhandlung war die Auffindung großer Mengen von Waffen, Munition, Sprengmitteln und Tränengas in den Geschäftsräumen und bei den leitenden Funktionären der Danziger SPD. Der Schnellrichter verurteilte fünf sozialdemokratische Abgeordnete und Funktionäre zu Gefängnis- und Geldstrafen.

Der Parteivorstand, Volksabgeordneter Brill, und zwei seiner Gehilfen hatten sich durch die Flucht ins Ausland rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Der Umfang der illegalen Tätigkeit der Danziger Sozialdemokratischen Partei wird eindeutig durch die Menge und Art der vorgefundenen Waffen usw. erwiesen, die im Gerichtsraum als Beweiskunde vorgeführt wurden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Sammlung zweifellos unvollständig ist, da sie lediglich das Ergebnis zufälliger Durchsuchungen an einigen wenigen Stellen darstellt. Es wurden auf dem Parteibüro der SPD ferner unter Zeitungen verstreut, auf dem Boden und in den Redaktionsräumen der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ sowie bei sechs Abgeordneten bzw. Funktionären, darunter dem geschäftlichen Parteivorstandenden Abg. Brill, zahlreiche Waffen und viel Munition von der Polizei beschlagnahmt.

In der Verhandlung vor dem Schnellrichter gaben die Angeklagten den Waffenbesitz zu über die illegale Herkunft der Waffen wollten sie jedoch keine Angaben machen. Im Verlauf der Verhandlung vor dem Schnellrichter ergaben sich folgende Punkte: Beamte der politischen Polizei, die vor einigen Tagen den Auftrag erhalten hatten, in der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ die Exemplare einer ver-

botenen Zeitschrift zu beschlagnahmen, stellten zu ihrer Ueberzeugung fest, daß sich auf dem Boden des Zeitungslokales unter Zeitungen verstreut die erwähnten Waffen usw. befanden. Es wurden daraufhin weitere Durchsuchungen im Parteibüro der SPD sowie bei verschiedenen Parteifunktionären durchgeführt, wobei die Polizei aus allen möglichen Verstecken weitere Schusswaffen usw.utage förderte. In einzelnen Privatwohnungen fand man Pistolen in den Sofamatratzen verstreut. Die betreffenden sozialdemokratischen Funktionäre wurden daraufhin von der Polizei festgenommen und am Donnerstag dem Schnellrichter vorgeführt.

Die Angeklagten wurden von den jüdischen Rechtsanwälten Dr. K. Brachmann und K. M. H. H. verteidigt. Da die überführten und geschändeten Angeklagten auf Grund der Danziger Verträge nur wegen Uebertretung der Waffenbestimmungen verurteilt wurden, wurden nur Gefängnis- bzw. Geldstrafen gegen folgende Angeklagte verhängt: den Abg. Wilhelm G. O. Bau, den Parteisekretär und Volksabg. Johannes M. a. u., den Parteifunktionär Johannes R. i. d. L. z., den Parteifunktionär Willi Hoppe und den Verleger der „Danziger Volksstimme“, Anton F. o. o. k. n. Sämtliche Angeklagte nahmen die Strafen an.

Nach dem Sturm

Nachdem nunmehr auch die italienische Wira abgewertet wurde, darf man annehmen, daß im Abwertungslauf der großen Länder zunächst eine Ruhepause eintreten wird. Die Frage ist nur, ob sie von Dauer sein wird, oder ob nach einiger Frist zwangsläufig ein neuer Kampf um die am niedrigst bewertete Währung einsetzt. Bei der Beurteilung des gegenwärtigen Zustandes muß man sich zunächst darüber klar werden, was die einzelnen Länder mit ihren Maßnahmen planen. Eine nähere Prüfung zeigt, daß jedes Land damit eigentlich etwas anderes beabsichtigt, aber alle behaupten, sie wollten damit der Weltwirtschaft dienen, also dem internationalen Warenaustausch, der wieder auf die Welt gebracht werden soll. Auch im Vollerleben will niemand gerne zugeben, daß seine Beweggründe nur eigennütigen Gedanken entsprungen sind. Deshalb rücken jetzt viele Länder die Tatsache in den Vordergrund, daß mit der Abwertung ihres Geldes gleichzeitig eine erhebliche Zollsenkung verbunden worden wäre, um dem Warenaustausch der Völker zu dienen. So gibt Frankreich einen Abbau der Zölle auf Rohstoffe um 20 Proz., auf Halbfertigwaren um 17 Proz. und auf Fertigwaren um 15 Proz. an. Aber diese Zollsenkungen enthalten so viele Ausnahmen, daß beispielsweise für das deutsche Geschäft mit Frankreich nicht mehr viel übrigbleibt. Wir führen ja vor allem Fertigwaren nach Frankreich ein, und gerade von diesen Waren findet sich fast nichts in den Zollermäßigungen. Dennoch ist unsere handelspolitische Lage gegenüber Frankreich auch nach der Abwertung keine allzu ungünstige. Denn diejenigen deutschen Erzeugnisse, die mit französischen in Wettbewerb liegen, sind gegenwärtig nur um etwa 10 Prozent teurer, weil infolge der französischen Sozialgesetzte, namentlich der Lohn- und sonstigen Unkostensteigerungen, bereits erhebliche Preissteigerungen in Frankreich eingetreten sind. Da diese Entwicklung ihren Fortgang nimmt, wird es für uns Mittel und Wege geben, den augenblicklichen Preisvorsprung auf diesen Gebieten zu überbrücken, bis auch hier das Gleichgewicht zwischen uns und dem Preisniveau unseres westlichen Nachbarn sich wiederhergestellt hat. Ueberdies ist festzustellen, daß Frankreich im Zuge der Selbständigkeitsbestrebungen, die heute jedes Land erfährt haben, von und schon seit langem nur noch in sehr geringem Maße Waren kauft, die es auch selbst herstellen kann. Die Waren, die es von uns noch in größerem Umfang bezieht, sind fast überwiegend solche, die es selbst nicht erzeugt. Bei solchen Waren haben wir in erster Linie als Wettbewerber auf dem französischen Markt England und Amerika. Ihnen gegenüber aber hat sich unsere Wettbewerbsfähigkeit, da sie ja keine Abwertung vorgenommen haben, auch nicht verschlechtert, und es bleibt ihnen gegenüber alles beim alten, auch wenn wir uns auf dem Markt einer abgewerteten Volkswirtschaft treffen.

Soweit heute die Abwertungsländer ihre Zölle, zum Teil sogar mit anerkannter Schnelligkeit, senken, handelt es sich um Erleichterungen für diejenigen Waren, die das betreffende Land nicht selbst, die es aber dringend benötigt, und die es mit seinem entwerteten Gelde infolgedessen teurer kaufen müßte, wenn es nicht für die Verbilligung durch Senkung der Zölle selbst auf Kosten der Staatseinnahmen Sorge tragen würde. Da es sich hierbei in erster Linie um Senkung der Kosten für fremde Rohstoffe und Lebensmittel handelt, liegt der Gedanke solcher Maßnahmen klar auf der Hand. Man will die drohende Teuerung im eigenen Lande, die den Abwertungsmaßnahmen gegenüber der ausländischen Konkurrenz einfallen machen würde, soweit wie möglich aufhalten. Diese Absicht wird sich in Frankreich nicht leicht verwirklichen lassen. Denn Preise und Löhne in Frankreich sind nicht mehr das Ergebnis der augenblicklichen Erzeugungskosten, sondern einer seitigen sozialen Auseinandersetzung der einzelnen Klassen untereinander, deren Ausgang noch völlig ungewiss ist. Für den Erfolg der französischen Abwertungsmaßnahmen ist ausschlaggebend, ob die erhoffte Ankurbelung der Wirtschaft nicht durch die fortgesetzten sozialen Unruhen wieder zunichte gemacht wird. Die Abwertung in Frankreich ist ja auch weniger, wie in Italien, Belgien oder in der Tschechoslowakei, deshalb vorgenommen worden, weil man die Ausfuhr ankurbeln wollte. Das letztere nimmt man nur als erfreuliche Nebenwirkung gerne mit, sondern weil die Volksfrontregierung keine an-

Neugliederung der Hitlerjugend nach Jahrgängen

Der endgültige Aufbau 1939 vollendet

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Oktober.

Das Organisationsamt der Reichsjugendführung hat eine neue Gliederung und Einteilung der unteren Einheiten der HJ, des Deutschen Jungvolks, des BDM und der Jungmädel bestimmt, der der Gedanke des jahrgangswiseen Aufbaus zugrunde liegt.

In Zukunft wird nach seinem freiwilligen Beitritt zum Jungvolk, der jeweils am 20. April jedes Jahres erfolgt, der HJ-Jahrgang ein Jahr lang in einer Einheit des gleichen Jahrgangs, also nur mit gleichaltrigen Kameraden zusammen, nach einem für sein Alter ausgearbeiteten Schulungsplan seinen Dienst tun. Das bedeutet, daß der Junge in den nur die HJ-Jahrgänge umfassenden Jungengängen des für seinen Wohnort zuständigen HJ-Kreis eintritt.

Jungengänge 4-1

Der Jungengang der HJ-Jahrgänge wird bei jedem HJ-Kreis in die Reihe 4 (trauen), Jungengänge 3 wird die HJ-Jahrgänge, Jungengänge 2 die HJ-Jahrgänge und Jungengänge 1 die HJ-Jahrgänge erfassen. Nach dem ersten Jahr wird die gleiche Einheit zum Jungengang 2 erhoben, im nächsten zum Jungengang 3 usw., während der Jungengang 4 immer durch die Neuaufgenommenen ergänzt wird. Damit wird erreicht, daß die weltanschauliche und körperliche Schulung in den Einheiten nach den ihnen entsprechenden Altersstufen geregelt werden und den mit zunehmendem Alter wachsenden Anforderungen gemäß ausgebaut werden können.

Schar 4-1

Nach Ablauf des vierten Jungvolksjahres wird die Einheit - der Jungengänge 1 - geschlossen in die HJ übergeführt, wo er innerhalb der Gesellschaft die Schar 4 unter dem bisherigen Jungvolksführer als Scharführer bildet. Hier durchläuft der Junge nun in der Gemeinschaft seiner bisherigen Kameraden die weiteren Einheiten, die Schar 3 der HJ.

zehnjährigen, die Schar 2 der Sechzehnjährigen und die Schar 1 der Siebzehnjährigen, bis er als HJ-Jahrgänger in die Gliederung der Partei übernommen wird und als „Jungvolk“ bzw. „Einundzwanzigjähriger“ den Arbeitsdienst und die Wehrmacht durchläuft, um dort den Gang durch die Schule der Nation zu vollenden. So wird innerhalb der achtjährigen Gemeinschaft in der HJ durch jährlich genau abgestimmte und abgestimmte Arbeit eine gründliche Methode zur Durchschulung des einzelnen erreicht, wobei die besten dieser Gemeinschaft als Unterführer ihrer Einheiten ausgebildet werden.

Beim Antreten und Marschieren

Die Nummerierung der Jungengänge von 4 nach 1 bringt auch eine einheitliche Formationsbildung beim Antreten und Marschieren des HJ-Kreis mit sich: Jungengänge 1 mit dem größten Schritt an der Spitze und dahinter nach Größe und Alter absteigend die Jungengänge 2 bis 4. Der jahrgangswisee Aufbau in Jungengängen und Scharen läßt sich überall dort durchführen, wo mindestens ein HJ-Kreis innerhalb eines Ortes aufgestellt ist. In kleineren Orten, wo nur ein Jungengänge besteht, ist die Formation der altersmäßigen Aufstellung auf die Jungengänge übertragen. Wo auch diese Form nicht möglich ist, sind entsprechende Sonderregelungen vorzusehen.

Die Stärke der Einheiten

Die Stärke der kleinsten Jungvolkeinheiten, der Jungengänge, von denen nach letzten Schätzungen rund 120.000 im Reich bestehen, beträgt zur Zeit noch oft - eine Folge der Werbungsmaßnahmen - bis zu 20 Jungen. Sie soll in Zukunft nur noch 10 Jungen umfassen, so daß die Stärke des Jungenganges überall einheitlich auf 40, die des HJ-Kreis auf 100 Jungen stellt. Die Zahlen gelten entsprechend für die HJ-Einheiten.

Diese mit dem Jahr des Jungvolks begonnene Aufbaumethode wird sich bis zum Jahre 1939 organisch zu der erweiterten Volksgemeinschaft ausweiten und zur endgültigen Organisationsform der Hitlerjugend geführt haben.

Der italienische Außenminister kommt nach Deutschland

Berlin, 8. Oktober.

Auf Einladung der Reichsregierung wird der italienische Außenminister Graf Ciano sich demnächst nach Berlin begeben und den Reichsaußenminister Freiherrn v. Neurath besuchen. Sein Aufenthalt in Deutschland wird dem italienischen Staatsmann ferner die Gelegenheit bieten, vom Führer und Reichskanzler zu einem Gedanken- und Austausch empfangen zu werden.

Grandi bleibt in London

Rom, 8. Oktober.

Entgegen den Gerüchten über einen bevorstehenden Wechsel in der Leitung der italienischen Volkspartei in London

erklärt man von zuverlässiger Seite, daß Benito Mussolini auf seinem Londoner Posten verbleibt. Er ist nach Konsultierung seiner Berater in Italien bereits wieder nach London abgereist.

Der Zeitungskulturfilm ausgezeichnet. Der am Freitag in einer Festvorstellung zur Uraufführung kommende Kulturfilm über das Zeitungsweien „Der Spiegel aus Papier“ hat folgende Auszeichnungen bekommen: „Künstlerisch wertvoll, kulturell wertvoll, volkstümlich, lehrreich.“

„Graf Zeppelin“ an der spanischen Mittelmeerküste. Das nach Südamerika fahrende Luftschiff „Graf Zeppelin“ befand sich am Donnerstag um 18 Uhr an der spanischen Mittelmeerküste bei Valencia.

Heute:

Der D. N. Kraftfahrer
Seite 9 und 10